

Datum: Tue, 1 Feb 2011

An: internetpost@bundeskanzlerin.de

Betreff: Bürgerinitiative Zossen zeigt Gesicht für Demokratie und gegen Bekenntniszwang und Misstrauen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel!

Die „Extremismuserklärung“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“ abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren. Wir erleben das aktuell in unserem Heimatort Zossen. Hier wurden Mitglieder unserer Bürgerinitiative von der Bürgermeisterin des Ortes Michaela Schreiber als linksextremistisch „eingestuft“ und diffamiert, weil sie an breit aufgestellten Protesten gegen rechtsradikale Aufmärsche teilgenommen haben. Das nützt zuallererst den Feinden der Demokratie!

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen demokratieschädigend und kontraproduktiv. Wir fordern Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen,

J. Wanke

Bürgerinitiative "Zossen zeigt Gesicht"

Fischerstr. 23

15806 Zossen

Telefon: 03377 393918

Fax: 03377 334599

Handy: 0171 4168381

Mail: j.wanke@t-online.de

www.zossen-zeigt-gesicht.de